



Rede von Herrn Staatssekretär Hubert Wicker

anlässlich der Tagungseröffnung

„Gesellschaft gemeinsam gestalten

- Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“

am 23. April 2008

Tagungszentrum Hohenheim

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Direktor Kustermann,  
sehr geehrter Herr Geschäftsführer Berg,  
sehr geehrter Herr Dr. Hahn,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen,  
Wissenschaft, der Kirchen und islamischen Vereinigungen,  
sehr geehrter Herr Dr. Schmid, Frau Akca, Herr Barwig,

ich freue mich sehr, heute Ihre Tagung zu einem wichtigen Projekt und Thema unseres Landes eröffnen zu dürfen. Gerne überbringe ich Ihnen die Grüße von Ministerpräsident Günther H. Oettinger, der selbst heute hier sein wollte, aufgrund der komplexen Beratungen der Föderalismuskommission aber heute in Berlin sein muss. Dass für ihn das Thema des Dialoges mit Muslimen und die Arbeit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart jedoch von größter Bedeutung ist, hat er durch eine Einladung unterstrichen: Am 7.Mai freuen wir uns, einige Anwesende zu einem Gespräch in die Villa Reitzenstein einladen zu dürfen. Der Ministerpräsident möchte nicht „über“ Sie sprechen, sondern mit Ihnen.

Lassen Sie mich erklären, warum die Landesregierung im Hinblick auf das Projekt „Gesellschaft gemeinsam gestalten - Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“, finanziert von der Robert Bosch Stiftung und durchgeführt von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, besonders interessiert und dankbar ist.

Der Islam ist unwiderruflich Teil der religiösen Landschaft in Baden-Württemberg geworden.

Immer mehr Muslime in unserem Land sind nicht mehr Gast und Ausländer. Als das Staatsministerium Baden-Württemberg unter meinem Vorgänger 2005 einen ersten Bericht „Muslime in Baden-Württemberg“ für den Ministerrat und dann auch die Öffentlichkeit erstellte, war das Erkennen und Erstaunen groß: Schon damals war jeder dritte Muslim unseres Landes bereits Deutscher im Sinne des Grundgesetzes. Diese Quote ist weiter gestiegen und dürfte derzeit die 40% überschreiten.

Und lassen Sie mich Ihnen heute schon eine Zahl verraten, die wir unlängst erhoben haben: In 2006 waren 80,5% der Kinder muslimischer Mütter von Geburt an Deutsche. Diese Kinder sind weder eingebürgert noch zugewandert, sie sind Deutsche und Kinder unseres Landes!

Damit wird deutlich, dass wir in jedem Fall unsere „Gesellschaft gemeinsam gestalten“. Auch wer sich selbst oder andere abschottet, gestaltet die Zukunft unserer Kinder mit - allerdings in negativer Weise. Partnerschaft zwischen Staat, Kirchen und auch den islamischen Religionsgemeinschaften ist also nichts, was wir als gute Menschen je nach Neigung tun oder lassen könnten: Es ist eine Verantwortung, wenn Zukunft friedlich und erfolgreich gelingen soll.

Dass Ihr Projekt beispielsweise den Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ als - ich zitiere - „Meilenstein“ erkennt und seine Auswirkungen auch in der Breite untersucht, zielt genau in die Richtung, die wir gehen wollen und gehen müssen: den Islam als Teil unseres auch schulischen Lebens anzuerkennen und mit der fairen Integration zugleich auch Ausgrenzung und Selbstabschottung entgegen wirken.

Üblicherweise würde in einer offiziellen Rede nach der Nennung dieser positiven Geste die Auflistung der Probleme kommen, die noch vor uns liegen: die fehlende Repräsentanz islamischer Verbände, von denen sich einer sogar der Zusammenarbeit mit dem Projekt verweigerte, das Bestehen extremistischer Strömungen, Sprach-, Bildungs- und Integrationsdefizite, Gewalt in den Familien und vieles mehr.

Ihr Projekt leugnet diese Probleme überhaupt nicht, sondern fragt ganz konkret: Woran liegt es, dass an einigen Stellen und in einigen Städten unseres Landes mehr gemeinsame Fortschritte möglich sind als anderswo?

Sie identifizieren unterschiedliche Interessenlagen: Verwaltungen und Kommunalpolitiker, die bei unklaren Verantwortlichkeiten allzu heikle Themen manchmal lieber meiden, hauptamtlich besoldete Pfarrer, die gerne einen Dialog auf theologischem Niveau führen würden - und auf

ehrenamtlich aktive Muslime treffen, die auf konkrete Fortschritte und Anerkennung im Alltag hoffen, junge Leute und Frauen, die sowohl aus den Kirchen wie islamischen Vereinen heraus neue Brücken bauen wollen - und auf ehrenvoll gewachsene Strukturen und Mauern zum Schutz des Bewährten treffen.

Einen spannenden Einblick gibt Ihre Studie in der Reflektion der Rolle, die die muslimische Projektmitarbeiterin und Islamwissenschaftlerin Almila Akca als Mitarbeiterin einer katholischen Akademie immer wieder erlebte. Da war die Vermutung christlicher und vor allem säkularer Akteure, dass eine Muslimin nur dann im Rahmen einer Kirche arbeiten würde, wenn sie ihre eigene Religion kritisch sehe. Und umgekehrt: Da war die Erwartung von muslimischer Seite, sie müsse sich nicht zuerst als Forscherin, sondern als Interessenvertreterin verstehen.

Insofern kann ich dem Tenor Ihrer Studie nur zustimmen: Der Dialog und der Umgang mit religiöser Vielfalt werden umso erfolgreicher auch Gesellschaft und Politik voran bringen, umso mehr personelle Kompetenz und verlässliche Strukturen dafür geschaffen werden.

Wenn sie den Anspruch erheben, Vertreter der gesamten Bürgerschaft zu sein, sollten Bürgermeister, Landräte,

Abgeordnete und Regierungsmitglieder den Überblick und Kontakt auch im Bezug auf die muslimischen Gemeinschaften ihrer Region haben. Ich glaube, dass es eine Stärke Ihres kirchlich und privat finanzierten Projektes ist, dass es aus einer Position der Unabhängigkeit gegenüber Politik und Verwaltung heraus aufzeigen konnte, wo es strukturelle Schwächen gab und gibt, die inhaltliche Fortschritte noch behindern.

Sie beschreiben aber auch, dass sich Kirchen- und Moscheegemeinden die Chance und Verantwortung bietet, den Friedensbekundungen und Friedensgebeten sichtbare Zeichen und Brücken im Alltag folgen zu lassen.

Damit möchte ich zum Abschluss auf eine Frage eingehen, die Ihr Projekt wie ein roter Faden durchzieht: die Frage nach dem Mut und der Bereitschaft, mehr als nur das Allernötigste für die Begegnung zu tun.

Es ist offen anzusprechen: Momentan gehört immer noch Mut dazu, sich sowohl von christlicher, muslimischer wie politischer Seite dem anderen gegenüber zu öffnen.

Absehbare Vorwürfe aus den je eigenen Reihen, manchmal auf die schnelle Skandalisierung fixierte Medien-Berichterstattung und die Tatsache, dass Gespräche auch lange dauern oder scheitern können, all dies kann dazu führen, eigene Entscheidungen aufzuschieben.

Ich darf daran erinnern, welcher Kritik Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ausgesetzt war und ist, als er die Islamkonferenz ins Leben rief und dabei auch umstrittene Verbände einbezog. Inzwischen wird immer deutlicher, dass er mit diesem mutigen Schritt manches in Bewegung gebracht und manche bequeme Mauer aufgebrochen hat.

Auch die Landesregierung Baden-Württemberg hat bereits einige Signale gesetzt: Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat erstmals in seiner Funktion Moscheen besucht. Muslime sind inzwischen selbstverständliche Gäste von Empfängen und Veranstaltungen auch auf höchster Ebene. Den islamischen Religionsunterricht haben wir auf den Weg gebracht, obwohl wir anerkennen, dass hier noch viele Sach- und Verantwortungsfragen zu klären bleiben. Das Islamische Wort beim SWR hatte und hat unsere Unterstützung und sein Erfolg spricht inzwischen für sich. Hinter Aktivitäten wie dem Islambericht des Staatsministeriums stehen umfassende und über den Tag hinausgehende Kontakte mit islamischen Verbänden, kirchlichen Akteuren und der Wissenschaft. Und erst vor wenigen Tagen nahmen Vertreter aller Fraktionen des Landtags an einer Podiumsdiskussion der Muslimischen Jugend in Deutschland teil - auch das ein starkes Signal der Wertschätzung und Dialogbereitschaft.

Meine Damen und Herren, das reicht noch nicht aus. Und kritische Anfragen will ich auch nicht pauschal zurück weisen, sie haben oft ihre Berechtigung. Aber ich möchte Ihnen nicht nur für Ihr Projekt danken, sondern auch mit einem abschließenden Gedanken Mut zusprechen: Wer Türken und Armenier, Israelis und Palästinenser, Russen und Tschetschenen, Albaner und Serben auch im Hinblick auf leidvolle Konflikterfahrungen zum Dialog miteinander aufruft, kann nicht gleichzeitig das Gespräch mit den Andersglaubenden der Nachbarschaft verweigern.

Wenn wir in unserem Land, dessen Probleme sich andere wünschen würden, keine ernsthafte Partnerschaft auf den Weg bekämen - dann müssten wir uns wohlfeile Appelle an die Krisenregionen dieser Welt wohl ersparen. Wir haben in Baden-Württemberg die Chance und die Verantwortung, zu zeigen, dass Miteinander gelingen kann. Lassen Sie uns dies noch mutiger gemeinsam nutzen.